

**Quelle** Frankfurter Rundschau vom 26. 08. 2008  
**Seite** 16, 17  
**Ressort** Wirtschaft  
**Rubrik** S  
**Autor** VON EVA ROTH |

## Löhne stürzen ab

Unter den Beschäftigten hat eine massive Umverteilung von unten nach oben stattgefunden / Forscher benennen deutsche Besonderheiten

Der Vormarsch des zügellosen Kapitalismus hat auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen: Die Lohnkluft wächst, ein Teil der Beschäftigten ist finanziell abgestürzt. Die Realeinkommen von Geringverdienern sind in den vergangenen Jahren um fast 14 Prozent gesunken - betroffen ist ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland. Dagegen konnten Besserverdienende ein reales Plus verbuchen. Das berichten Forscher der Uni Duisburg-Essen in einer Analyse, die der Frankfurter Rundschau vorliegt und die morgen in den WSI-Mitteilungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht wird.

Insgesamt ist das reale Lohnniveau binnen eines Jahrzehnts nur minimal gestiegen. Gleichzeitig hat innerhalb der Beschäftigten eine massive Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Die Wissenschaftler haben alle Arbeitnehmer nach ihrem Gehalt sortiert und in vier gleich große Gruppen aufgeteilt. Anschließend berechneten sie, wie sich ihre Stundenlöhne zwischen 1995 und 2006 entwickelt haben. Ergebnis: Das unterste Viertel verdient heute real 13,7 Prozent weniger. Zu den Verlierern gehören nicht nur Minijobber und Teilzeit-Beschäftigte, sondern auch Geringverdiener mit einem klassischen Vollzeit-job.

Dagegen haben Beschäftigte mit überdurchschnittlichem Gehalt heute mehr in der Tasche. Besonders gut schneiden Besserverdiener ab, die eine volle Stelle haben: Ihre Einkünfte sind real um über zehn Prozent gestiegen, sagt der Sozialwissenschaftler Thorsten Kalina von der Uni Duisburg.

Was die Forscher besonders bedenklich finden: Die Niedriglöhne sind sogar im jüngsten Konjunkturaufschwung geschrumpft, und zwar nominal wie real - in Ostdeutschland um über zehn Prozent. "Da wird einem angst und bange, wenn man überlegt, was im Abschwung passieren kann", sagt der Soziologieprofessor Gerhard Bosch der FR.

In keinem anderen europäischen Land sei der Niedriglohnsektor so stark gewachsen wie in Deutschland, betont die Volkswirtin und Mitautorin Claudia Weinkopf. "Fragt man in Dänemark Beschäftigte, ob sie von ihrem Lohn leben können, dann verstehen sie die Frage nicht. Sie finden es selbstverständlich, dass sie damit auskommen." Bosch und Weinkopf wissen, wovon sie reden: Sie arbeiten seit Jahren in einem internationalen Forschungsprojekt über Niedriglöhne.

Wie konnte es so weit kommen? Das deutsche Tarifsystem hat eine große Schwäche, meinen die Forscher: Es gibt keine verbindliche Lohnuntergrenze. Bis zur Vereinigung war das kein Problem, die meisten Betriebe im Westen zahlten Tarifgehälter oder orientierten sich daran. Dann fällt die Mauer, mit einem Schlag schnell die Arbeitslosenrate in die Höhe. Immer mehr Unternehmen können es sich erlauben, unter Tarif zu zahlen. Die Einkommen rasseln in den Keller, auf unter fünf Euro pro Stunde - Arbeitsmarktexperten aus dem Ausland blicken fassungslos auf Deutschland, denn solche Hungerlöhne sind selbst in Ländern wie Großbritannien unzulässig.

Die ordentlichen Tarifabschlüsse der IG Metall haben kaum noch Signalwirkung auf die übrige Wirtschaft, in vielen Dienstleistungsbranchen gibt es nur mageren Zuschläge. Das Lohngefälle wächst - und damit die Anreize für Unternehmen, Tätigkeiten in Billigzonen auszulagern. Ein Teufelskreis.

Auch die Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen wie Post, Nahverkehr und Telekommunikation hat die Einkommen auseinander gedrückt. In Deutschland können beispielsweise private Telefonfirmen geringe Löhne zahlen und sich so einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Ex-Staatsunternehmen Telekom verschaffen. In den meisten anderen europäischen Ländern müssen sich neue Anbieter dagegen an allgemein verbindliche Tarifverträge halten, betonen die For-

scher. Dies gelte etwa für Schweden, wo die Marköffnung nicht zu Lohn-dumping führe, erzählt Bosch. Er nennt es einen "historischen Fehler", dass die deutschen Gewerkschaften nicht rechtzeitig allgemein verbindliche Tarifverträge für deregulierte Branchen verlangt haben. Jetzt habe das Telekom-Management alle Argumente auf seiner Seite, wenn es mit Verweis auf die Wettbewerber Einschnitte fordere.

Gedüngt wurde der Niedriglohnsektor durch die Arbeitsmarkt-Reformen der rot-grünen Regierung: Hartz IV habe den Druck erhöht, auch einen schlecht bezahlten Job anzunehmen, klagen die Forscher. Festangestellte könnten heute für unbegrenzte Zeit durch billige Leiharbeiter ersetzt werden. Und dann fördere der Staat auch noch die - meist schlecht bezahlten - Minijobs. Die Folge: "Der Sozialstaat blutet aus", sagt Bosch. Denn Minijobber zahlen gar keine Sozialabgaben und Niedriglöhner nur geringe.

Die Politik muss gegensteuern, fordern die renommierten Arbeitsmarktexperten und plädieren für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, damit es auch in Branchen mit schwachen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eine Untergrenze gibt. Zudem müsse es einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Solche Regulierungsvorschläge lässt Wirtschaftsliberale aufschreiben. Doch Gerhard Bosch kontert: Wenn Firmen die Löhne diktieren können, weil Beschäftigte und Gewerkschaften zu schwach sind um sich zu wehren, liegt ein Machtungleichgewicht vor. Und dagegen müssten eigentlich auch strenggläubige Neoliberaler sein.

**Kommentar Seite 15**

